

GESCHICHT

EMANZIPATIONSBEWEGUNG

Ein streitbarer Rabbiner

Thorsten Fuchshuber

Im Streit um die Emanzipation nicht allein der Juden mischte sich Samuel Hirsch Mitte des 19. Jahrhunderts auf vielfältige Weise in die öffentliche Debatte ein. Das bescherte dem ersten Oberrabbiner Luxemburgs auch die Aufmerksamkeit von Karl Marx.

Am 23. Juni 1843 fand die feierliche Einführung von Samuel Hirsch, dem ersten Oberrabbiner von Luxemburg, statt. Sein Amtsantritt glich einem Staatsakt, wenn man einem Bericht in der Zeitschrift „Der Orient“ über das Ereignis folgt. Die Synagoge war festlich geschmückt: „Gewinde von Blumen und Laubwerk zierten die Wände, an denen man den Namenszug des Königs bemerkte, welchen Fahnen mit niederländischen und luxemburgischen Farben umwehten. Zu der Feierlichkeit waren das Regierungskollegium und sämtliche hohe Civil- und Militärpersonen eingeladen worden; auch hatten die damals hier versammelten Stände eine Deputation hingeschickt.“ (Der Orient, 1.8.1843)

Ein solcher Festakt zu Ehren der Einführung eines Rabbiners war damals - betrachtet aus der Perspektive des Deutschen Bundes - eine Sensation. Denn noch bis 1848 hatte außer dem Großherzogtum Luxemburg kein Staat des aus der postnapoleonischen Neuordnung von 1815 hervorgegangenen Staatenbundes die vollständige Emanzipation der Juden verwirklicht. Dies reflektiert sich auch in der Pre-

digt, die Samuel Hirsch laut dem „Orient“ am Tag seiner Einführung hielt: „Er setzte die Verhältnisse und den ehemaligen und jetzigen Zustand der Israeliten auseinander; er bedauerte sehr, daß in einigen Ländern den Israeliten leider noch keine Bürgerrechte erteilt sind, und fühlte sich glücklich nun in einem Lande wirken zu können, wo eine weise und väterliche Regierung ihre wohlthätige Hand über alle Unterthanen ausbreitet, sie alle gleich beschützt, ihnen gleiche Rechte zugesteht, und weiter Nichts wünscht, als daß alle zu guten und nützlichen Menschen gebildet werden.“

Die Frage der so genannten „Judenemanzipation“ war damals eine der zentralen gesellschaftlichen Debatten in Europa. In gewisser Weise ist der Begriff jedoch irreführend. Denn es wurde nicht allein um die Emanzipation der Juden, sondern um die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft gerungen. Der Vormärz, die Zeitspanne von 1815 bis zum Revolutionsjahr 1848, war noch immer beseelt vom Enthusiasmus grenzenloser Freiheit nach der Französischen Revolution und dem Bewusstsein vieler, dass in der aufgelösten feudalen Gesellschaft jeder Mensch selbstverständlich einen Anspruch auf gleiche Rechte habe - auch die Juden.

Zugleich herrschte jedoch das Klima der Restauration. So war die Emanzipation der rheinischen Juden durch die napoleonischen Truppen, also von außen, erreicht worden. Und nach deren Abzug wurde sie in

allen einstmals besetzten Staaten des 1815 im Zuge des Wiener Kongresses gegründeten Deutschen Bundes mehr oder weniger umfassend rückgängig gemacht. Allein in Luxemburg blieb die politische und bürgerliche Gleichstellung der Juden erhalten. In Deutschland waren jene Verhältnisse, die mit dem Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft“ bezeichnet sind, noch kaum durchgesetzt. Der Staat wurde allgemein nicht als säkularer, sondern als „christlicher Staat“ begriffen, was im rückständigen Deutschland noch der Realität entsprach. Das Scheitern der Emanzipation der Juden wurde daher in gewissem Sinne zu einem Indikator des Scheiterns der gesellschaftlichen Emanzipation an sich. Zugleich wurde die „Judenemanzipation“, zuvor Teil eines umfassenden politischen Programms, vermehrt in eine „Judenfrage“ umformuliert: Nicht die Gesellschaft, sondern die Juden sollten sich emanzipieren.

Christlicher oder säkularer Staat

Auch Samuel Hirsch beschäftigte sich bereits in Dessau mit der drückenden Lage der Juden und ihrer möglichen Emanzipation. So schrieb er im Vorwort zu seiner 1842 veröffentlichten „Religionsphilosophie der Juden“: „Das Judentum zählt nicht unter die vom Staate anerkannten Religionen, sondern wird bloß geduldet, damit ist Alles gesagt, was es Schmerzliches für uns giebt.“ Hirsch

macht deutlich, dass sein Staatsbegriff keinesfalls ein säkularer in dem Sinne ist, dass sich der Staat gar nicht um die Religion zu kümmern brauche. Es sei nicht „beabsichtigt, den Staat von jedem Einflusse auf unsere religiösen Einrichtungen auszuschließen, statt ihm vielmehr diese recht ans Herz zu legen“. Es handle sich folglich nicht „um die Erlangung bloß politischer Rechte, sondern darum, daß der Staat unsere Religion nicht länger [lediglich] dulde, sondern anerkenne und wir können und dürfen nicht eher uns beruhigen, als bis wir dieses Ziel erreicht haben“.

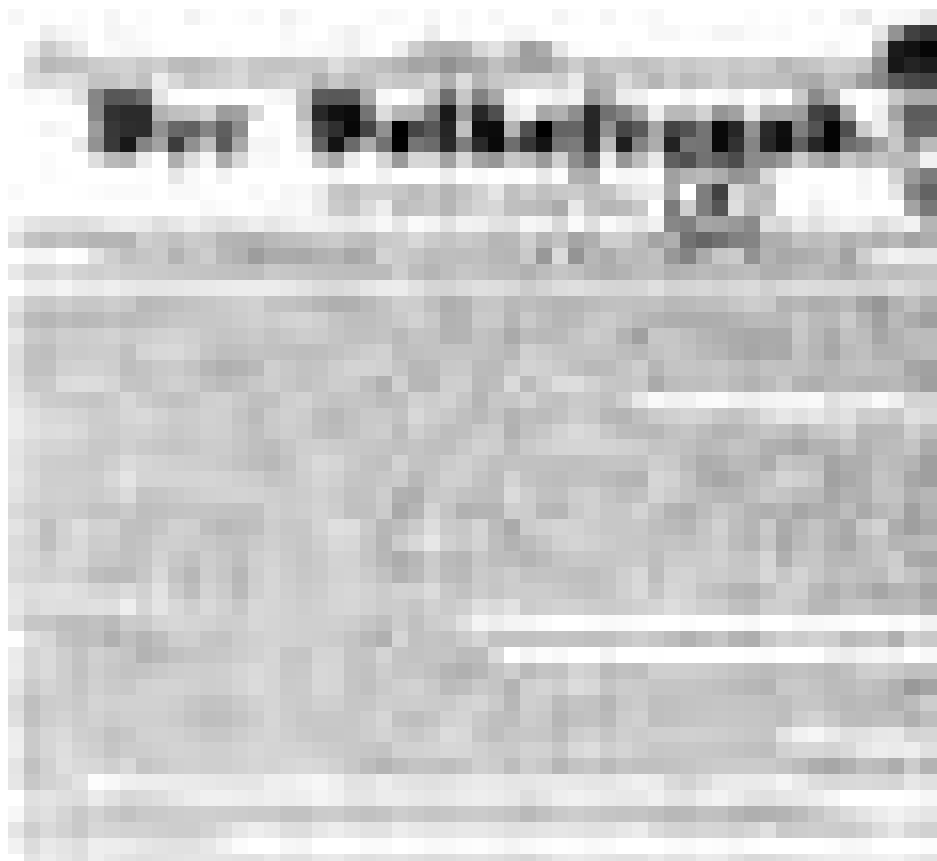
Eine positive Bezugnahme des Judentums auf den „christlichen Staat“ erscheint Hirsch, der in seinen religionsphilosophischen Schriften immer wieder die Vereinbarkeit von Christentum und Judentum darzulegen versucht, keinesfalls abwegig: „Und wenn nun der christliche Staat sich wirklich versteht, wie kann er das Judentum, das wahre Judentum, das Judentum, das zum Selbstbewusstsein gekommen ist, von sich ausschließen [...] wollen? [...] Was ist uns denn der Messias anders, als die Wirklichkeit des christlichen Staates, die Wirklichkeit des Reichs der Wahrheit und der Tugend auf Erden?“

Die zuletzt zitierte Stelle findet sich in einer Streitschrift wieder, die Samuel Hirsch 1843, also im Jahr seiner Einführung ins Amt als Oberrabbiner Luxemburgs veröffentlicht hat. Sie richtet sich gegen den Verfasser einer der prominentesten antijüdischen



Oberrabbiner Samuel Hirsch mit einem seiner Hauptwerke: „Die Humanität als Religion“.

BILDQUELLE: KENESETH ISRAEL



BILDQUELLE: ANL

„Eine neue Zeit beginnt“: Die erste Ausgabe des liberalen „Volksfreund“ erschien kurz nach den Märzunruhen von 1848. Zu den Herausgebern zählte auch Samuel Hirsch.

Schriften der damaligen Zeit: Bruno Bauer hatte im selben Jahr ein Pamphlet mit dem Titel „Die Judenfrage“ publiziert. Darin bestreitet der frühere Theologe in einer Mischung aus religionsphilosophischer, theologischer und plump antijüdischer Argumentation die Möglichkeit, das Judentum in den auch von Bauer mit Blick auf Preußen als „christlich“ begriffenen Staat zu integrieren. In raunendem Ton doziert Bauer über die Unveränderlichkeit des ‚jüdischen Wesens‘, den „ausschließlichen Glauben“ der Juden „an ihre bodenlose Nationalität“ und ihre ‚Treue zum mosaischen Gesetz‘. Zwar konstatiert Bauer: „Die Emanzipationsfrage ist eine allgemeine Frage, die Frage unsrer Zeit überhaupt. Nicht nur die Juden, sondern auch wir wollen emancipirt seyn.“ Angesichts des sich noch als christlich definierenden Staates, den er kategorial immer wieder mit dem säkularen Staat verwechselt, erwartet Bauer jedoch von den Juden, in Vorleistung zu gehen: „Die Emanzipation der Juden ist auf eine gründliche, erfolgreiche und sichere Weise erst möglich, wenn sie nicht als Juden, d.h. als Wesen, die den Christen immer fremd bleiben müssen, emancipirt werden, sondern wenn sie sich zu Menschen machen, die durch keine, auch durch keine fälschlich für wesentlich gehaltene Schranke mehr von ihren Mitmenschen getrennt sind.“

Bauers Versuch einer Gesellschaftskritik erreicht so nicht einmal das Niveau der Religionskritik. Viel-

mehr ergeht er sich in Ressentiments gegenüber dem Judentum; er fordert nicht den säkularen Staat, sondern erwartet von den gläubigen Juden kategorisch, dass sie ihren Glauben aufgeben.

Politische oder menschliche Emanzipation

Neben Samuel Hirsch beschäftigt sich auch ein Schüler und ehemaliger Freund Bruno Bauers mit dessen Werken: Karl Marx nutzt die Kritik an Bauer, um in seiner Schrift „Zur Judenfrage“ zu einer radikalen Kritik von modernem Staat und bürgerlicher Gesellschaft vorzudringen. Zunächst jedoch sieht er sich gezwungen, die kategoriale Verwirrung Bauers in Ord-

nung zu bringen: „Von welcher Art der Emanzipation handelt es sich?“, fragt Marx und erläutert, Bauer habe „das Verhältnis der politischen Emanzipation zur menschlichen Emanzipation nicht untersucht“ und gerate daher in Widersprüche. Marx stellt zudem fest, in Deutschland existiere, anders als in Frankreich, noch gar kein moderner, politischer Staat. Als solcher könne ein Staat nur dann gelten, wenn „er sich von der Staatsreligion emanzipiert“ und Religion zur Privatsache erklärt.

In Richtung seines ehemaligen Freundes und dessen Forderung an die Juden, sich zu Menschen zu machen, „die durch keine [...] Schranke mehr von ihren Mitmenschen getrennt sind“, stellt er dagegen fest, dass vom

Menschen als einem mit sich selbst identischen, souveränen Gattungswesen in der bürgerlichen Gesellschaft gar nicht gesprochen werden könne. Die politische Revolution habe zwar die Voraussetzungen für die politisch-rechtliche Gleichstellung aller geschaffen, habe den Einzelnen dadurch jedoch aufgespaltet in das bloß politische Gattungswesen (Citoyen) einerseits und in den lediglich seine individuellen Privatinteressen verfolgenden Bourgeois andererseits. Um diese Spaltung zu überwinden, bedürfe es nicht nur einer politischen, sondern auch einer sozialen Revolution, denn: „Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in

Samuel Hirsch

(tf) - Vom 17. - 19. Oktober fand im Kulturzentrum Abtei Neumünster eine Konferenz über den ersten Oberrabbiner Luxemburgs statt. Die Veranstaltung wurde von den Universitäten Luxemburg und Leiden gemeinsam organisiert. ForscherInnen aus verschiedenen Ländern diskutierten historische, gesellschaftstheoretische und religionsphilosophische Fragen rund um die Person und das Werk von Samuel Hirsch. Dabei wurde auch deutlich, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Juden in Luxemburg im 19. Jahrhundert gelebt haben.

Im Juni 1815 in Thalfang bei Trier geboren, war Samuel Hirsch nach dem Studium der Philosophie und Theologie zunächst als Rabbiner in Dessau tätig. 1843

wurde er durch König-Großherzog Wilhelm II zum Oberrabbiner in Luxemburg ernannt. 1866 folgte er einem Ruf zum Vorsteher der jüdischen Reformgemeinde „Keneseth Israel“ in Philadelphia und wanderte in die USA aus, wo er 1889 in Chicago verstarb. Zu Samuel Hirschs bedeutendsten Werken zählt die 1842 veröffentlichte Schrift „Die Religionsphilosophie der Juden“. Darin übernimmt Hirsch, der die Schriften von Georg Wilhelm Friedrich Hegel genau studiert hat, zentrale systematische Überlegungen des Philosophen. Sein Ziel war es, Hegels Vorwurf zu entkräften, die jüdische Philosophie und Religion stelle innerhalb der Menschheitsentwicklung eine überholte Gestalt der Religion dar.

GESCHICHT

seinem empirischen Leben [...] *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“

Es versteht sich von selbst, dass für Karl Marx und seine sozialrevolutionäre Intention Samuel Hirschs Kritik an Bauer nicht weitreichend genug war, weshalb Marx Hirsch auch als „tristen Gegner“ Bauers bezeichnete. Gleichwohl sei Hirsch gegen Bauer in der Debatte nicht unterlegen, so Marx, der Hirsch gegen eine jüdenfeindliche Formulierung Bauers in Schutz nahm. Bauer hatte, sich auf Hirschs Ausführungen zur Leistung des Judentums in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit beziehend, hämisch die Parallele gezogen, auch ein Dorn im Auge zeige Wirkung, trage jedoch nichts zur Entwicklung des Gesichtssinnes bei. Marx parierte diesen Anwurf in seiner Polemik „Die heilige Familie“ mit einer geradezu poetischen Allegorie:

„Ein Dorn, der mir - wie das Judentum der christlichen Welt - von der Stunde der Geburt im Auge sitzt, sitzen bleibt, mit ihm wächst und sich gestaltet, ist kein gewöhnlicher, sondern ein wunderbarer, ein zu meinem Auge gehöriger Dorn, der sogar zu einer höchst originellen Entwicklung meines Gesichtssinnes beitragen müsste. Der kritische ‚Dorn‘ spießt also nicht den deklamierenden ‚Hirsch‘.“

Antijudaismus im „Luxemburger Wort“

Doch nicht nur auf gesellschaftstheoretischer und religionsphilosophischer Ebene war Samuel Hirsch ein Verfechter der Emanzipation. Auch in tagespolitische Diskussionen mischte er sich ein. Wenige Jahre nach seiner Ankunft im Großherzogtum, mit der im Zuge der Luxemburger Märzunruhen von 1848 proklamierten Pressefreiheit, gründete er gemeinsam mit anderen die liberale Zeitung „Der Volksfreund“. Am 7. April 1848 erschien die erste Nummer, knapp drei Wochen, nachdem auch die erste Ausgabe des „Luxemburger Wort“ herausgekommen war. Die beiden Blätter sollten künftig immer wieder

in Streit geraten, wobei die Frage der Rolle der katholischen Kirche in der sich herausbildenden, staatlich verfassten Demokratie von zentraler Bedeutung war. Wie in vergleichbaren Debatten in anderen Teilen Europas, galt den Autoren des „Luxemburger Wort“ die Judenemanzipation als Symbol sowohl für die Aufklärung, die als die bestehende Ordnung zersetzend wahrgenommen wurde, als auch für den drohenden Einflussverlust der Kirche auf die Gesellschaft und den Staat. Versuche, den erlebten gesellschaftlichen Wandel in Zeitungsartikeln begrifflich zu fassen, erfolgten dabei nicht selten unter Verwendung - bisweilen schärfster - antisemitischer Ressentiments.

So berichtete das „Wort“ am 7. Mai 1848 über ein antijüdisches Pogrom in Pressburg, dem heutigen Bratislava. Laut dem Artikel gab es viele Tote. In der Nachricht wird auch die vermeintliche Ursache für das Pogrom benannt: „Die Verfolgungen der Juden rühren daher, weil ungläubige Judenungen und Judenrabbiner, die wegen ihrer wässerigen Aufklärung selbst ihren Glaubensgenossen verhaßt, sich überall in die Angelegenheiten der Christen einmischen, Zeitungen schreiben, und über die christliche Religion schimpfen und schmähen.“

Zwei Tage später antwortete „Der Volksfreund“ und versuchte, die in dem Text enthaltenen antijüdischen Tiraden zu entlarven. Vor allem legte das Blatt nahe, die Meldung im „Luxemburger Wort“ handle eigentlich gar nicht von der Situation in Pressburg. Sie sei vielmehr in Luxemburg verfasst und auf die Verhältnisse hierzulande und auf Samuel Hirsch gerichtet. Hirsch selbst konkretisierte diese Vermutung und meldete sich mit einer namentlich gekennzeichneten Anmerkung zu Wort: „In Preßburg und ganz Ungarn giebt es keinen Rabbiner, der eine Zeitung schreibt. Übrigens stelle ich mich und meine Familie, so wie alle meine jüdischen Glaubensgenossen vertrauensvoll unter den Schutz meiner Luxemburger Mitbürger! Ihr seid zu ehrlich und zu brav denkend, um die Anreizung zu Ungarischen Scenen bei uns zu dulden.“

Es zeigt sich, dass die antijüdische Agitation auch in Luxemburg Mitte des 19. Jahrhunderts bisweilen mit enormer Schärfe geführt wurde. Selbst vor der kaum verhohlenen

Drohung mit einem Pogrom schreckte man mitunter nicht zurück. Und wie die Reaktion Samuel Hirschs verdeutlicht, erreichte diese Drohung ihren Adressaten durchaus.

In einer weiteren Stellungnahme gegen den im „Luxemburger Wort“ publizierten Judenhass ging der „Volksfreund“ am 12. Mai auch auf die Lage der Juden nicht nur im Großherzogtum ein. Anlass dafür bildete der Anwalt Charles Théodore André. Dieser stand der sich formierenden Luxemburger Arbeiterbewegung nahe. Der Verfasser eines mit „H“ unterzeichneten ‚Offenen Sendschreibens‘ fürchtete zum Zeitpunkt von dessen Publikation, André verrate die Sache der Arbeiter an die ‚katholische Partei‘: „Also Sie haben die Arbeiter mit jener Parthei ein Bündniß schließen lassen, die noch am letzten Sonntag in ihrem Organ, im Lügenwort, das sich das für Wahrheit schilt, Mord und Todtschlag im buchstäblichen Sinne gegen die Juden predigte, die sich in die Angelegenheiten der Christen, so nennt sie also Alles, was im Gebiete der Politik vorgehet, einmischen! Also die Arbeiter, die die Gleichheit für sich erringen wollen, und deren Sache nur dann eine gerechte und durchführbare ist, wenn es unter uns keine Sklaven, keine Paria's mehr giebt, lassen Sie eine Alliance mit jener Parthei schließen, die ohne Paria's und Zeloten, ohne Sklaven nicht leben kann; die mindestens die Juden noch zu Sklaven haben will;

[...] die da schimpft auf ‚die Aufklärung‘ und dieselbe ‚eine wässerige‘ nennt; die zunächst für die Juden, welche in der bisherigen Gesellschaft mit Ausnahme weniger Nabobs noch ein schlimmeres Los als die Arbeiter hatten, die Judenstraßen und abgeschlossenen Thore, den gelben Fleck als Erkennungszeichen und das Thorgeld wieder einführen möchte; [...]“

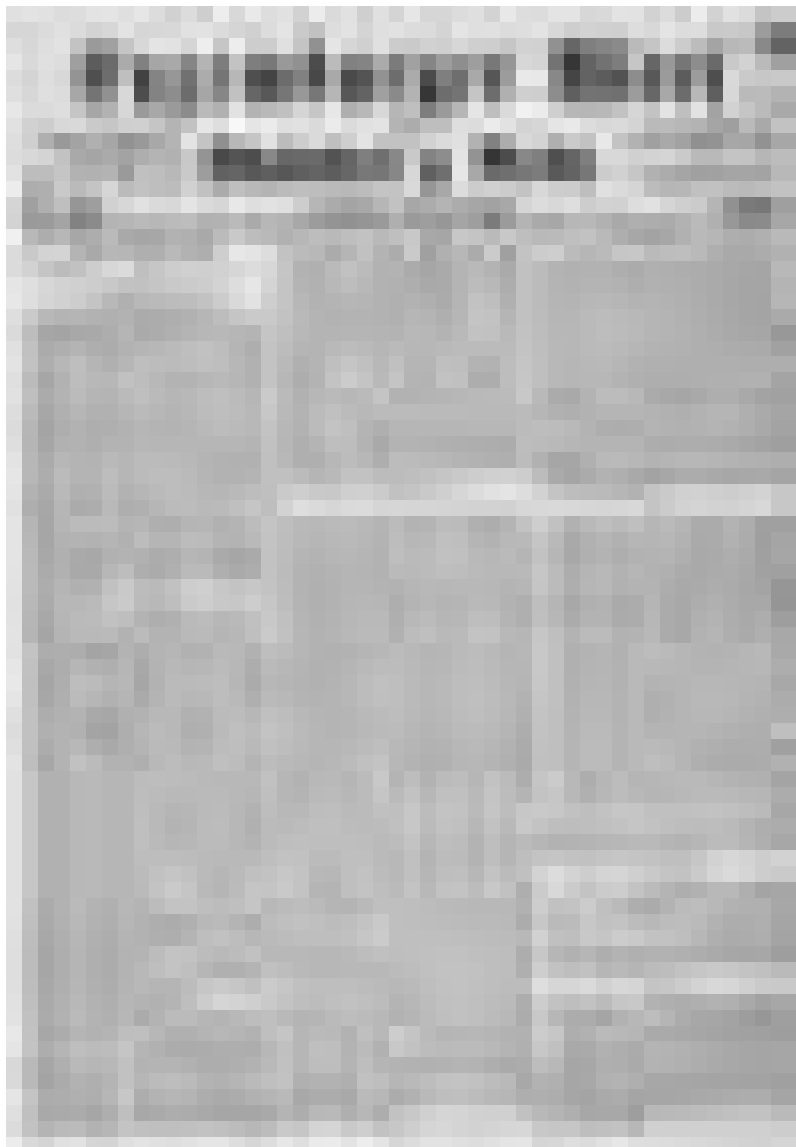
Gesellschaftlicher Wandel als Bedrohung

Der mutmaßlich von Hirsch stammende Brief zeugt von dem umfassenden Begriff gesellschaftlicher Emanzipation, über den der Oberrabbiner verfügte: Emanzipation lässt sich nur verwirklichen, wenn sie Allgemeinheit beanspruchen kann. Freiheiten, die nur partikular realisiert werden, sind keine Freiheiten, sondern entsprechen den Privilegien der überkommenen Feudalherrschaft. Zugleich hebt der Verfasser die zentrale Bedeutung der Judenfeindschaft der katholischen Kirche im Kampf um den Machterhalt hervor.

Der Schweizer Historiker Aram Mattioli bemerkt dazu, dass der Widerstand gegen die jüdische Emanzipation in Zentraleuropa „nie ausschließlich, aber doch in einem ganz überwiegenden Masse von Katholiken getragen“ worden sei. Gleichwohl merken die Antisemitismusforscher Werner Bergmann und Rainer Erb an, die protestantische Kirche habe



Als ehemaliger Geheimsekretär des Kölner Erzbischofs war er eine der Symbolfiguren des politischen Katholizismus: Eduard Michelis, Professor am Luxemburger Priesterseminar, war in den Anfangsjahren des „Luxemburger Wort“ dessen Hauptredakteur und ein Gegenspieler von Samuel Hirsch.



„... das unheilvolle Treiben der schlecht aufgeklärten Juden in der Zeitungs-Literatur“: Das „Luxemburger Wort“ macht Stimmung gegen Samuel Hirsch (hier die Ausgabe vom 14. Mai 1848).

mit der katholischen „die Bedenken gegenüber dem ‚emanzipierten Judentum‘“ geteilt, „da ihr dieses als Träger des Deismus, des Liberalismus und der modernen Geldwirtschaft verdächtig war. Der gesellschaftliche Wandel, den die Kirche als Bedrohung wahrnahm, wurde weitgehend als Eigenschaft des Judentums gedeutet.“

Mit dem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse geht ein Formwandel der Judenfeindschaft einher. Der moderne *Antisemitismus*, ein Begriff, der als Selbstzuschreibung 1879 von dem deutschen Journalisten Wilhelm Marr für diese neue Form des Judenhasses geprägt und in Umlauf gebracht wurde, unterscheidet sich von dessen früherer Gestalt unter anderem dadurch, dass er sich die Form des Politischen gibt und beansprucht, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Dieser politische Antisemitismus geht zugleich mit der in vielen maßgeblichen antisemitischen Schriften auffindbaren Beteuerung einher, dass die eingenommene ablehnende Haltung gegenüber dem Judentum nichts ‚Persönliches‘ sei. Suggestiert

wird kühle Analyse, Sachlichkeit und Rationalität.

Auch das „Luxemburger Wort“ machte sich diese Darstellungsweise zueigen: Ab Ende des Jahres 1849 berichtete das Blatt von der bevorstehenden Abstimmung über das Gesetz zur Judenemanzipation in Bayern. Offensichtlich betrachtete die Redaktion das Ereignis als gute Gelegenheit, die bayerischen Entwicklungen mit der eigenen Sache in Verbindung zu bringen. So steht im „Luxemburger Wort“ vom 1. März 1850 zu lesen: „Allerdings sehen wir eine Emanzipation der Juden als einen Einbruch der Demoralisation und als eine große Gefahr für Ordnung Gesetz und Frieden an. Die Juden sind ein fremdes, ausländisches Volk das nach den Gesetzen seiner Religion nie und nimmer mit einem christlichen Volk in Eins verwachsen kann.“ Der Artikel fährt fort, indem er „emanzipierte Juden“ beschimpft, die „eine wahre Pest und Fäulniß für die menschliche Gesellschaft“ seien: „Solche verderbte Juden sind überall die Verbreiter der Revolutionen gewesen, sie sind die Redakteure der meisten, schlechten und wühlerischen Blätter,

sie sind die Inhaber und Verbreiter der schlechtesten Schmutzliteratur, sie bevölkern die Freimaurerlogen, sie sind die Hauptfreunde und Förderer des Communismus, und jede moralische und sittliche Ordnung, worauf die Gesellschaft beruht, ist von ihnen angebohrt und unterwühlt.“ Hier findet sich ein weiteres Muster des modernen Antisemitismus wieder: „Die Juden“ werden zu Agenten des als bedrohlich empfundenen gesellschaftlichen Wandels deklariert - der Judenhass wird so zunehmend zu einem allumfassenden Welterklärungsmodell. Ruft man sich zudem in Erinnerung, dass Samuel Hirsch nicht nur Redakteur und Freimaurer, sondern arbeiterfreundlich war, wird deutlich, wer mit diesen Tiraden zumindest auch gemeint war.

„Politischer“ Antisemitismus

Gleichwohl versicherte das „Wort“ eine Woche später, hinsichtlich seiner Gegnerschaft zur Judenemanzipation lediglich die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten: „Wir bemerken darauf, daß wir den betreffenden Gegenstand nicht in Bezug auf die wenigen, hier zu Lande wohnenden Juden, sondern im Belange allgemeiner, aufs Tiefste in das Leben der Völker eingreifender Fragen besprochen haben. Ueberhaupt hat das ‚Wort‘ nie gegen die Juden als solche eine Abneigung, vielweniger einen Haß zu erregen gesucht.“

In klaren Worten äußerte sich indes Samuel Hirsch in jener Angelegenheit. Dieses Mal im *Courrier du Grand-Duché de Luxembourg*, denn der „*Volksfreund*“ war aufgrund der in Europa wieder die Oberhand gewinnenden Restauration am 29. Juni 1849 zum letzten Mal erschienen: „Das ‚Luxemburger Wort für Wahrheit und Recht‘ bringt seit einiger Zeit die heftigsten Artikel gegen Juden und Judenemanzipation. Man fragt sich vergebens nach dem Zwecke dieser Artikel. Wollen die Juden Luxemburgs etwa emanzipiert sein? Ist die sogenannte Judenfrage etwa in Luxemburg auf der Tagesordnung? Nein! denn die Juden Luxemburgs sind nicht in Folge der Revolution von 1848, sondern seit einigen fünfzig Jahren emanzipiert [...]“ (*Courrier*, 06.03.1850) Worauf Hirsch seiner Leserschaft die Motivation der Berichterstattung im „Wort“ erläuterte: „Das Wort weiß es, so glauben

wir wenigstens, recht gut, was die Judenemanzipationsfrage bedeutet. Es ist keine die Juden allein betreffende Frage. Sagt der Staat, daß die Juden, weil sie Juden sind, nicht an allen Staatsrechten Theil haben sollen, so zwingt ihn die Logik sehr bald, nur denen die Staatsrechte einzuräumen, die wahrhafte Christen sind. [...] Es ist nicht umsonst, daß im Worte neben den Juden immer der Protestant und der Freimaurer figurirt. Denn worin stehet von dem Standpunkte des Wortes aus, der Protestant und Freimaurer der ächten Kirche näher als der Jude? Folglich muß zuletzt der Staat nur noch die Domäne der ächt Gläubigen sein.“

Der Kampf des „Luxemburger Wort“ gegen die Judenemanzipation, so macht Samuel Hirsch eindrucksvoll deutlich, ist der Kampf der katholischen Kirche gegen die Säkularisierung und für den Machterhalt. Mit Blick auf die Emanzipation der Juden in Luxemburg jedenfalls kann der Oberrabbiner seinen Bescheid an das „Luxemburger Wort“ mit einer lapidaren Feststellung beenden: „Das Prinzip der Gewissensfreiheit steht in unserer Verfassung und diese unsere beinahe sechzigjährige Erbschaft wird das Wort nicht hinaus bringen. Wir werden es daher ungestört auf die Juden schimpfen und toben lassen so viel ihm beliebt. Es ist nicht unsere Aufgabe darauf zu sehen, daß nichts ungestraft gedruckt werde, was zum Hasse und Verachtung einer ganzen Klasse von Bürgern führen soll.“

Literatur:

- Bauer, Bruno: Die Judenfrage. Braunschweig, 1843.
- Bergmann, Werner / Erb, Rainer: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780-1860. Berlin, 1989
- Claussen, Detlev - Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt am Main, 2005.
- Hirsch, Samuel: Die Religionsphilosophie der Juden. Leipzig, 1842.
- Hirsch, Samuel: Das Judentum, der christliche Staat und die moderne Kritik. Leipzig, 1843.
- Marx-Engels-Werke (MEW). 43 Bände. Berlin/DDR, 1956-1990.
- Mattioli, Aram: In: Blaschke, Olaf / Mattioli, Aram (Hg.): Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich. Zürich, 2000.